

1 Ar-05

2 Antragsteller: AfA NRW

3

4 Der Landesparteitag möge beschließen:

5

6 Existenznot beim Wechsel von Arbeitslosengeld 2 in  
7 Arbeit verhindern

8

9 Der AfA-Landesvorstand NRW fordert den Landespar-  
10 teitag auf, sich gegenüber der SPD Bundestagsfraktion  
11 dafür einzusetzen bzw. darauf hinzuwirken, dass §11 Ab-  
12 satz 2 Sozialgesetzbuch II (SGB II) geändert wird. Um die  
13 Existenz für den laufenden Monat zu sichern, soll Leis-  
14 tungsbezieher\*innen, die eine Arbeit aufnehmen, das  
15 Arbeitslosengeld 2 im ersten Monat der Beschäftigung  
16 noch weiter ausgezahlt werden.

17

18

19 **Begründung**

20

21 Nimmt eine leistungsberechtigte Person eine sozialver-  
22 sicherungspflichtige Beschäftigung auf, wird die Zah-  
23 lung von Leistungen des SGB II in der Regel sofort ein-  
24 gestellt. Das erste Gehalt bzw. der Lohn fließen jedoch  
25 erst zu Monatsende bzw. zum Anfang des Folgemonats.

26

27 Somit hat diese Person einen Monat lang kein Einkom-  
28 men. Zugleich müssen aber Miete, Strom etc. zum Mo-  
29 natsanfang gezahlt werden. Der Bezug von Arbeitslo-  
30 sengeld 2 lässt es in der Realität nicht zu, für einen sol-  
31 chen Fall finanzielle Reserven aufzubauen.

32

33 Die Betroffenen starten ihre Rückkehr in Arbeit also im  
34 besten Fall mit der Bildung von Schulden. Deshalb soll-  
35 te im ersten Monat eine Überzahlung ohne Rückforde-  
36 rung möglich sein, um den Menschen den Start zu er-  
37 leichtern. Um hier einem Missbrauch entgegenzuwir-  
38 ken soll eine Mindestbeschäftigung von 6 Monaten gel-  
39 ten. Scheidet jemand früher wieder aus kann das über-  
40 zahlte Geld zurückgefordert werden.

41

Empfehlung der Antragskommission:  
Annahme und Überweisung an SPD-  
Bundestagsfraktion